



Klimaschutz

Für ein klimaneutrales Berlin

Auftaktforum zum Berliner Energie- und
Klimaschutzprogramm

Inhalt

1	Hintergrund	3
2	Ablauf der Veranstaltung.....	6
2.1	Begrüßung durch Lothar Stock, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin..	6
2.2	Vortrag von Prof. Dr. Bernd Hirschl, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung.....	6
2.3	Vortrag von Martina Richwien, IFOK GmbH	9
2.4	Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgesellschaft.....	10
2.5	Abschlussworte Senator Michael Müller	12
3	Impressionen	14

1 Hintergrund

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels und der besonderen Betroffenheit und Verantwortung der Großstädte hat sich die Berliner Regierungskoalition darauf verständigt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt entwickelt. Berlin reagiert damit, wie viele andere internationale Metropolen, etwa Kopenhagen, Amsterdam und New York, auf die Gefahren des Klimawandels. Gleichzeitig sollen die Chancen genutzt werden, die sich durch den Wandel hin zu einer hochmodernen, auf erneuerbaren Energien basierenden Energieversorgung für Berlin ergeben.

Um das Klimaneutralitätsziel zu erreichen, hat der Senat bereits umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt bzw. eingeleitet. In einem ersten Schritt wurde im Rahmen einer von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragten Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ untersucht, ob und wie das Ziel, Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt zu entwickeln, erreicht werden kann und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Auf dieser Grundlage soll nun in einem zweiten Schritt das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) entwickelt werden, in dem konkrete Strategien und Maßnahmen für die energie- und klimapolitisch relevanten Handlungsfelder Energieversorgung, Gebäude und Stadtentwicklung, Wirtschaft, private Haushalte und Konsum sowie Verkehr festgelegt werden sollen. Parallel dazu soll das Gesetzgebungsverfahren zu dem von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt erarbeiteten „Energiewendegesetz“ eingeleitet werden. Dieses wird eine wichtige Grundlage für die Berliner Energie- und Klimaschutzpolitik sein, weil darin u.a. das Ziel der Klimaneutralität und quantifizierte Ziele für die Reduktion der in Berlin verursachten CO₂-Emissionen für die Jahre 2020 (40 %), 2030 (60 %) und 2050 (mindestens 85 %) rechtlich verankert werden sollen.

Bei der für das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm grundlegenden Machbarkeitsstudie ist ein interdisziplinäres Projektkonsortium unter der Leitung des Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) in einer 15-monatigen Forschungsarbeit der Frage nachgegangen, wie und ob sich die CO₂-Emissionen in den Handlungsfeldern Energieversorgung, Gebäude und Stadtentwicklung, Wirtschaft, private Haushalte und Konsum sowie Verkehr signifikant reduzieren lassen. Essentielles Ergebnis der Studie ist, dass eine wesentliche Reduktion der CO₂-Emissionen und somit Klimaneutralität in beiden der modellierten Zielszenarien erreicht werden kann. Dabei zeigt sich, dass den CO₂-Minderungsstrategien für den Berliner Gebäudebereich eine besonders hohe Bedeutung zukommt, aber auch, dass die Handlungsfelder Wirtschaft und Verkehr einen erheblichen Einfluss besitzen. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie wurde am 17. März 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Mit der Entwicklung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms ist im Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin (IÖW) GmbH, gemeinnützig, beauftragt worden. Im Zeitraum August 2014 bis Oktober 2015 werden auf der Grundlage der aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie des neuesten Standes wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Möglichkeiten für die energie- und klimapolitisch relevanten Handlungsfelder Energieversorgung, Gebäude und Stadtentwicklung, Wirtschaft, private Haushalte und Konsum sowie Verkehr konkrete Teilziele sowie die für deren Erreichung erforderlichen Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und Fristen detailliert beschrieben und festgelegt. Weil Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe ist, die integrierter Lösungsansätze bedarf, sollen bei der Erstellung des BEK klima-, energie-, wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte konsequent zusammengedacht werden.

Für die Entwicklung des Programms wird eine breite Beteiligung der Stadtgesellschaft angestrebt. Mit der Durchführung des Beteiligungsprozesses ist die IFOK GmbH beauftragt.

Den Auftakt des Prozesses bildete ein Stadtforum am 3. November 2014 im Auditorium Friedrichstraße in Berlin. Auf den folgenden Seiten sind die Inhalte der Veranstaltung skizziert und zusammengefasst.

2 Ablauf der Veranstaltung

2.1 Begrüßung durch Lothar Stock, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Lothar Stock vom Sonderreferat Klimaschutz und Energie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin die Anwesenden. Er betonte, dass Berlin vor der Aufgabe stehe, eine solide Grundlage zu schaffen, um das ambitionierte Ziel zu erreichen, Berlin bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Dass das grundsätzlich möglich sei, habe die Machbarkeitsstudie Anfang des Jahres gezeigt. Auf dieser Basis solle nun das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm entwickelt werden. Hierzu solle ein Prozess in Gang gesetzt werden, in den sich die Berliner Stadtgesellschaft einbringen kann. Über die neue Website www.klimaneutrales.berlin.de, die passend zum Auftaktforum gestartet ist, könne Jede und Jeder Vorschläge und Kommentare einbringen. Sobald der Online-Beteiligungsprozess Anfang des kommenden Jahres gestartet ist, wird dort zusätzlich die Kommentierung und Ergänzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sowie das Einbringen neuer Maßnahmenvorschläge möglich sein. Das Ergebnis solle ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm sein, das eine breite Zustimmung in Berlin findet.

2.2 Vortrag von Prof. Dr. Bernd Hirschl, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. Bernd Hirschl erläuterte in seinem Vortrag die Hintergründe sowie die Vorgehensweise, das Ziel zu erreichen, bis 2050 klimaneutral zu werden.

Nachdem er die involvierten Projektpartner und sein Team vorstellte, unterstrich er mit den Worten „Jetzt wird es ernst: Sie sind eingeladen mitzuwirken!“ die Notwendigkeit der Einbeziehung der breiten Stadtgesellschaft. Er machte deutlich, dass das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm nur erfolgreich werde, wenn alle sich einbringen. Ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm sei aus mehreren Gründen erforderlich: Als ersten Grund führte er den Klimawandel an.

So sei nach Einschätzung des IPCC seit 1850 ein kontinuierlicher Anstieg der Durchschnittstemperatur, des Meeresspiegels sowie der Treibhausgase zu verzeichnen, für den der Mensch verantwortlich sei.

Mit Zitaten von US-Präsident Barack Obama und dem Vorsitzenden des Weltklimarates (IPCC) Rajendra Pachauri machte Hirschl deutlich, dass das Thema Klimawandel auch auf der politischen Ebene angekommen sei. Weitere Gründe für ein Energie- und Klimaschutzprogramm seien die Ressourcenknappheit und die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffimporten sowie nukleare Risiken und die mit dieser Technologie verbundenen Folgen und Kosten. Man habe erkannt, dass Untätigkeit am Ende viel teurer sei. Die Energiewende ermögliche Versorgungssicherheit bei überschaubaren Investitionen in globale Zukunftsmärkte. Die Rahmenbedingungen hierfür seien das internationale Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf nicht mehr als zwei Grad Celsius im Vergleich zum Wert zu Beginn der Industrialisierung zu begrenzen sowie die Reduktionsziele des Bundes, in deren Rahmen bis 2050 Emissionen um 80 bis 95 Prozent gesenkt werden sollen. Zu diesen Emissionen trügen Städte überproportional bei und stünden dementsprechend in der Pflicht zu handeln. Das Land Berlin habe dies aufgenommen und sich das politische Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden.

Die Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ habe gezeigt, dass die Klimaneutralität möglich sei. Hierbei gäbe es zwei Zielszenarien: Berlin als zentrale, effiziente Stadt und Berlin als dezentrale, vernetzte Stadt.

Weiterhin gehe aus der Studie hervor, dass Berlin ein hohes Energieerzeugungspotenzial aufweise: Schon heute sei Berlin Kraft-Wärme-Kopplung-Hauptstadt. Hirschl verwies jedoch darauf, dass diese Technologie auch in Verbindung mit erneuerbaren Energien noch stärker genutzt werden könne. Zudem habe die Solarenergie in Berlin ein besonders hohes Potenzial, das genutzt werden solle. Sie sei kostengünstig und ihre technischen Herausforderungen seien lösbar.

Sowohl Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als auch Solarenergie passen zum urbanen Stromverbrauchsprofil und ergänzten sich, was zu einem hohen Eigenversorgungsanteil (über 50%) bis hin zum Export führen könne. Darüber hinaus spielten sie gut mit der Brandenburger Windenergie zusammen. Es zeige sich, dass urbane Zentren zentrale Bausteine der Energiewende seien.

Durch die hohen Erzeugungspotenziale würde laut der Studie der Druck von den Verbrauchssektoren genommen, wie beispielsweise der energetischen Gebäudesanierung, auch wenn gleichzeitig die Sanierungsrate verdoppelt werden müsse. Diese Verbrauchsreduktion sei erforderlich und eine Herausforderung. Begünstigende Flexibilitätskomponenten, wie flexible Kraftwerke und Wärmespeicher, seien bereits vorhanden oder in der Entwicklung, um Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Durch das Klimaneutralitätsziel könnten viele positive regionalökonomische Effekte entstehen, wofür das dezentrale Szenario mit vielen lokalen Akteuren das größere Potenzial aufweise. Anhand einer graphischen Abbildung zur realen CO₂-Entwicklung mit linearer Fortschreibung bis zum Jahr 2050 zeigte Hirschl auf, dass der politische Zielwert von -40% bis 2020 derzeit noch nicht ausreicht, um im Jahr 2050 klimaneutral zu werden, weshalb die CO₂-Emissionen noch stärker gesenkt werden müssten.

Zum Ende seines Vortrages erläuterte Prof. Dr. Bernd Hirschl das weitere Vorgehen. Dazu gehörten unter anderem eine Status-Quo-Analyse der Schlüsselfaktoren je Handlungsfeld, Trendfortschreibungen bis zur mittleren Frist, die Identifizierung des Handlungsbedarfes, Vorschläge für Maßnahmen (das Land Berlin sowie die Wirtschaft und Private betreffend) in allen Handlungsfeldern sowie übergreifend, die Konsolidierung plausibler und zielführender Maßnahmen sowie die Wirkungsabschätzung der Maßnahmen. Diese Bausteine sollten sich schließlich zum Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm verdichten, welches umsetzbare und aus Sicht vieler Beteiligten auch notwendige Maßnahmen zur Erreichung der kurz-, mittel- und langfristigen Ziele enthält.

2.3 Vortrag von Martina Richwien, IFOK GmbH

Wie der Beteiligungsprozess zum Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm aussehen soll, schilderte Martina Richwien von der IFOK GmbH in ihrem Vortrag.

Primäres Ziel des Beteiligungsprozesses sei eine aktivierende Politik, die offen für Ideen und Teilhabe sei. Um dies zu erreichen, seien vielschichtige Perspektiven, gemeinsam erarbeitete Lösungen und der Rückhalt der Akteure wichtig. Umsetzungskonflikte müssten adressiert werden, um die Klimaziele erreichen zu können und Berlin als Vorreiter im Klimaschutz zu positionieren. So könne Berlin Wertschätzung über die Landesgrenzen hinweg erfahren.

Im Anschluss stellte Martina Richwien die Akteure vor, die den Beteiligungsprozess durchführen. Dies sind das vierköpfige Projektteam von der IFOK GmbH sowie deren Projektpartner Büro Blau und die Polidia GmbH.

Des Weiteren erläuterte Richwien die einzelnen Bausteine des Beteiligungsprozesses: Am Tag des Auftaktforums ist die Website www.klimaneutrales.berlin.de gestartet, auf der Informationen, etwa relevante Dokumente, erhältlich sind. Sobald der Online-Beteiligungsprozess Anfang des kommenden Jahres gestartet ist, wird dort zusätzlich die Kommentierung und Ergänzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sowie das Einbringen neuer Maßnahmenvorschläge möglich sein. Richwien wies darauf hin, dass die erste Workshopreihe am 08. und 15. Dezember 2014 stattfindet, zu der die engere Fachöffentlichkeit eingeladen sei. Die Fachexpertinnen und -experten würden dort die Vorstellung der Trendfortschreibung, die Handlungserfordernisse sowie Maßnahmenvorschläge und deren mögliche Erweiterung diskutieren. Im ersten und gegebenenfalls im dritten Quartal 2015 solle ein Stadtforum stattfinden, zu der die erweiterte Fachöffentlichkeit eingeladen wird. Die Abschlussveranstaltung sei für das vierte Quartal 2015 geplant.

2.4 Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgesellschaft

Im Anschluss an die Vorträge fand eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgesellschaft statt, die von Henning Banthien von der IFOK GmbH moderiert wurde. Gemeinsam diskutierte er mit Maria Reinisch, Leiterin Kommunikation bei Siemens Deutschland, Annekathrin Otto, Pressesprecherin des ClubMobs Berlin, sowie Dr. Stefan Taschner, Sprecher des Berliner Energietisches, über die Bedeutung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms für die Stadtgesellschaft.

Für Maria Reinisch sei der Beteiligungsprozess besonders wichtig, da es derzeit noch nicht gelinge, den CO₂-Ausstoß zu senken, obwohl dies von allen gewünscht sei. Um dies endlich zu erreichen, sei es erforderlich, dass alle gemeinsam diskutieren und Hand in Hand arbeiten. Jede einzelne Initiative, die dazu beitrage, klimaneutral zu werden, sei wichtig. Auch die Bundesländer müssten zusammenspielen, um zu vermeiden, dass jedes Land eine eigene Energiewende betreibe.

Kernthema für die Stadt sei insbesondere die Lastverschiebung, das heißt, die intelligente Ausrichtung des Energieverbrauchs nach dem Angebot der Erneuerbaren Energiequellen, um Prozesse der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs effizienter zu machen und Erneuerbare Energien sinnvoll zu integrieren.

Dr. Stefan Taschner sieht den vorgestellten Beteiligungsprozess in Berlin als sehr ambitioniert und weist insbesondere darauf hin, dass es mit zwölf Berliner Bezirken nicht einfach wird. Im Rahmen des Energietisches habe er die Erfahrung gemacht, dass sowohl Online-Beteiligung als auch Offline-Beteiligung auf große Resonanz gestoßen seien. Daher und da nicht jeder auch Internetnutzer sei, sollten weitere Möglichkeiten der Offline-Beteiligung bei der Erarbeitung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms geschaffen werden. Auch die Sprache müsse im Sinne einer „Bürgersprache“ für alle verständlich sein – sowohl für Laien als auch für Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien.

Eine weitere Herausforderung sei es, nicht nur Engagierte und Interessierte, sondern auch diejenigen Berlinerinnen und Berliner zu erreichen, die bisher zurückhaltend agierten, um eine möglichst breite Öffentlichkeit anzusprechen und deren Sichtweisen einzubeziehen. Auf eine Nachfrage aus dem Publikum erläuterte Dr. Taschner, dass es wichtig sei, dass die Öffentlichkeit mitentscheiden dürfe, da dies zu Akzeptanzsteigerung führen würde.

Für Annekathrin Otto ist es von Bedeutung, dass insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene in den Beteiligungsprozess einbezogen würden. Dabei betonte sie ebenfalls die Wichtigkeit der einfachen Sprache und schlug vor, diese Zielgruppe über Schulen und Unis sowie Flyer, aber auch Clubs anzusprechen. Insbesondere solle auf das Potenzial der Kreativwirtschaft in Berlin zurückgegriffen werden.

Genauso müsse nach Meinung Dr. Taschners auch mit anderen Initiativen, das heißt mit vielen unterschiedlichen Akteuren, zusammengearbeitet werden. Dem stimmte Maria Reinisch zu und verwies auf die von ihr ins Leben gerufene Initiative „Meine Energie, meine Stadt“, in der sich Berliner Managerinnen gemeinsam für die Energiewende stark machen.

Unter den Podiumsteilnehmern wurde auch der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Radwege angesprochen, der ein zentraler Punkt auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt sei. Für Annekathrin Otto sollte der Ausbau in einem Maße erfolgen, dass es kein Argument mehr gäbe, das Auto zu nutzen. Dr. Taschner schlug vor, sich an erfolgreichen Städten wie Amsterdam beim Thema Radwege und München beim Thema öffentlicher Personennahverkehr, zu orientieren.

Um ein erfolgreiches Energie- und Klimaschutzprogramm zu gestalten, sei es laut Reinisch wichtig, unterschiedliche Zielgruppen auf ihre Art und Weise mitzunehmen. Otto sieht insbesondere die Verständlichkeit und Transparenz als Schlüssel zum Erfolg. Für Dr. Taschner liegt dieser in der Gebäudesanierung.

2.5 Abschlussworte Senator Michael Müller

Zum Abschluss des Auftaktforums zum Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, hielt Senator Michael Müller eine Abschlussrede. Dabei verwies er darauf, dass das Thema Energie- und Klimapolitik in den letzten fünf bis acht Jahren ein wichtiges Thema geworden sei, da erkannt wurde, welche Chancen und Möglichkeiten eine aktive Energie- und Klimapolitik biete.

Für ihn sei es ein ernst gemeinter Anspruch, dass Berlin Vorreiter in diesem Bereich werde. Dementsprechend müssten ambitionierte Ziele definiert werden. Auf nationaler Ebene sei Berlin zwar bereits als Hauptstadt wichtig, aber auch aus eigenem Ansporn sei es erforderlich, bei den klima- und energiepolitischen Entwicklungen der Zukunft dabei zu sein.

Für Senator Müller seien in diesem Zusammenhang die Erfahrungen aus Netzwerken, etwa dem Städte-Netzwerk C40 besonders wichtig. Der Austausch mit Vertretern anderer Städte zeige, dass in Berlin schon viel erreicht worden sei, was in die Netzwerke eingebracht werden könne. Zugleich könne er von dort aber auch viele Erfahrungen der Kollegen mitnehmen.

Zudem seien Klima- und Energiefragen für ihn auch soziale Fragen, da der Kampf um Ressourcen zunehme und Energie knapper und teurer werde. Dementsprechend sei es eine Selbstverständlichkeit, dass Berlin hier voranschreite. Er sprach sich dafür aus, dass bei der Umsetzung der Energie- und Klimapolitik sowohl öffentliche als auch private Unternehmen tätig seien.

Insgesamt habe sich Berlin ambitionierte Ziele gesetzt. Mit Hinweis auf die Machbarkeitsstudie erklärte Senator Müller, dass es wichtig war, den politischen Beschluss zur Klimaneutralität 2050, der am Anfang des Prozesses stand, von Fachleuten untersuchen zu lassen. Die Ergebnisse dieser Studie zeigten, dass das Ziel machbar sei und bildeten gleichzeitig die Grundlage für das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm. Dafür sei zudem das Energiewendegesetz als gesetzliche Grundlage wichtig.

Für ein erfolgreiches Gelingen müsse jedoch die aktive Bürgergesellschaft gewonnen werden, sich zu beteiligen. Von Anfang an solle über Wege der Einbeziehung diskutiert werden. Dies sei ein neuer Weg für die Berliner Politik und Verwaltung. Dabei sei allerdings klar, dass es nicht einen Königsweg gäbe: In den verschiedenen Handlungsfeldern würden die unterschiedlichsten Antworten auf die unterschiedlichsten Herausforderungen gebraucht. Zukünftig solle auf allen möglichen Wegen – online, in Workshops etc. – zusammengearbeitet werden. Daher sei seine dringende Bitte, auch andere zu ermuntern, sich zu beteiligen. Senator Müller sprach sich dafür aus, dass sich möglichst viele einbringen sollten, damit auch möglichst viele das Ergebnis mittragen werden.

Er verabschiedete sich mit den Worten: „Wir meinen es ernst und ich hoffe sie auch.“

3 Impressionen









Bildnachweis: © André Wagenzik

Herausgeber

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
Württembergische Straße 6
10707 Berlin

Fachabteilung

Sonderreferat Klimaschutz und Energie (SR KE)

Dokumentation wurde erstellt von

IFOK GmbH
Reinhardtstr. 58
10117 Berlin

Weitere Informationen unter:

klimaneutrales.berlin.de

Stand: 03.11.2014